

Abgeordneter Mag. Hannes Amesbauer, BA (*fortsetzend*): Nein, Kollege Leichtfried, ich glaube, ich habe noch ungefähr 50 Minuten (*Abg. Leichtfried: Ich würde auf die Lampe schauen!*), schauen wir einmal.

Meine Damen und Herren, wo war ich jetzt? Ich habe jetzt einen Ordnungsruf bekommen. Genau: Ich war bei den Geschichten und Aktivitäten der Grünen. – Dann bringt man konkrete Vorschläge, die die Situation entschärfen würden, wie gestern im Innenausschuss, und alles wird abgelehnt, weil vor allem die Grünen Probleme haben, wenn man sich erlaubt, zu fordern, dass man etwas ändern muss, weil es nicht sein kann.

Wir brauchen in Wahrheit einen Paradigmenwechsel im gesamten Asylsystem. Wir müssen uns von dem Gedanken verabschieden, dass jeder, der es irgendwie über die österreichische Staatsgrenze schafft und das Zauberwort Asyl ausspricht, hier in unserem Verfahren ist und wir keine rechtliche Möglichkeit gegen diese Herrschaften haben, die ja alle illegal eingereist sind – denn wir haben ja Schengen und wir haben auch Dublin, das ist nach wie vor gültiges Recht, und danach dürfte ja eigentlich kein Einziger auf diesem Weg nach Österreich kommen; und wir können nichts machen.

Dann haben wir Richter, die die Polizei verurteilen, weil die Push-backs, also die Rückweisungen an den Grenzen, ja illegal sind. – Das gehört geändert!

Herr Kollege Bürstmayr war ganz entrüstet über das Rechtsverständnis, das die FPÖ da hat, denn das ist ja das heilige Unionsrecht und das steht ja immer über nationalem Recht. Wie haben das dann die Polen im Vorjahr gemacht, als sie Europa gegen diesen Massenansturm aus Weißrussland verteidigt haben, meine Damen und Herren?

Es gibt Länder wie die baltischen Staaten Litauen und Lettland, die sich auf EU-Ebene bemühen, Push-backs zu legalisieren, und das müssen wir als Österreich unterstützen. Das sind wir auch den Polizisten und Bundesheersoldaten schuldig, die an den Grenzen einen großartigen Job machen, die aber eben das Problem haben, dass sie nicht das notwendige rechtliche Rüstzeug und die notwendige politische Rückendeckung haben, meine Damen und Herren.

Wir haben zum Beispiel gefordert, dass die österreichischen Steuergelder für die Entwicklungszusammenarbeit an Rücknahmeabkommen gekoppelt, geknüpft werden. Na selbstverständlich, in der Entwicklungszusammenarbeit geht es um Hunderte Millionen Euro österreichischen Steuergeldes, und jene Länder, die diese Gelder von Österreich bekommen, sollen doch bitte auch ihre Staatsbürger zurücknehmen. Dagegen kann ja niemand etwas haben, vor allem niemand von der ÖVP.

Weiters haben wir gefordert: eine Reform des Schengener Grenzkodex für unbefristete Grenzkontrollen, damit Österreich jederzeit eigenstaatlich die Möglichkeit hat, über die eigenen Grenzkontrollen zu entscheiden, und – auch ganz wichtig – den Abschluss weiterer Rücknahmeabkommen, nämlich bilateraler Abkommen zwischen der Republik Österreich und gewissen Migrationsursprungsländern, speziell mit Syrien, dem Irak, Afghanistan – ich habe es vorhin angesprochen, Syrien und Afghanistan sind die Hauptmigrationsursprungsländer –, Bangladesch, Somalia und auch Ägypten. Es kann ja nicht sein, dass Ägypten ein beliebtes Urlaubsland auch der Österreicher ist, aber Ägypten die eigenen Staatsbürger nicht zurücknimmt, die hier in Österreich illegal aufhältig sind. Also da müssen wir etwas tun.

Ich habe es im Innenausschuss gemacht und ich mache es hier noch einmal: Das war ja damals das Beste aus zwei Welten, und die ÖVP hat versprochen, die restriktive Asylpolitik weiterzuführen, darum gibt es auch einen koalitionsfreien Raum; es gibt eine Klausel, dass Sie (*in Richtung ÖVP*) im Asylbereich auch Gesetze und Maßnahmen beschließen können, ohne die Koalition zu sprengen. Ich biete Ihnen also hier und jetzt erneut die Mithilfe der Freiheitlichen Partei an, für ein restriktives Asylsystem in diesem Land zu sorgen. Nehmen Sie von der ÖVP das an, wenn Sie noch einen Funken an Glaubwürdigkeit bei Ihren Wählern verteidigen wollen! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Weil ich vorhin gesagt habe, ich komme noch einmal kurz auf den Islamismus zu sprechen – das passt meines Erachtens schon zum Thema –, und weil wir Sie, Herr Innenminister, hier haben: Heute ist medial publiziert worden, dass von unserem Verfassungsschutz, von der Direktion für Staatsschutz und Nachrichtendienst eine IS-Zelle – Islamischer Staat – in Österreich identifiziert wurde.

Angeblich gab es konspirative Verabredungen und Vorbereitungen auf Anschläge, die gegen Massenveranstaltungen in ganz Europa gerichtet sind. Da wurde auch erwähnt, dass der Vienna City-Marathon möglicherweise im Fokus stand – das wurde mittlerweile dementiert. Auch die Terrorismusfinanzierung über Österreich soll eine Rolle gespielt haben, und es wurde in Österreich zumindest ein Mitglied dieser Zelle identifiziert, nämlich ein Iraker, der 2015 im Rahmen der Migrationsbewegung illegal nach Österreich eingereist ist und hier angeblich immer noch einen Schutzstatus hat; festgenommen wurde aber anscheinend niemand.

Das Merkwürdige ist, es gibt zu diesem Fall widersprüchliche Meldungen in den Medien. Es gab zwei Medienberichte, einmal in der „Kronen Zeitung“ und einmal über die APA. Vielleicht können Sie uns das ein wenig erhellen, Herr Innenminister: Woher stammt die Information?

Ich habe keine OTS-Meldung des BMI gefunden, ich habe auf der Homepage des Bundesministeriums für Inneres nichts gelesen. Haben Sie das den beiden Medien, nämlich der „Kronen Zeitung“ und der APA, exklusiv gegeben? Was stimmt von diesen Meldungen, was nicht? Ich glaube, dieses Plenum und auch die Öffentlichkeit haben ein Recht darauf, ein bisschen etwas darüber zu erfahren. Und warum – das interessiert mich auch aus Gründen der Sicherheit – ging diese Information zum jetzigen Zeitpunkt überhaupt nach draußen? Anscheinend wurde ja niemand festgenommen, aber es wurde eine Person identifiziert. Warum wird solch eine Geschichte nach außen kommuniziert, ohne dass konkrete staatspolizeiliche Maßnahmen stattgefunden haben? Also das würde mich wirklich interessieren. Und wenn ja, wenn also etwas stattgefunden hat, warum wurde dann niemand festgenommen? Da geht es, glaube ich, auch um die Frage der Sicherheit, denn da werden ja, wenn das wirklich eine europäische Terrorzelle ist, in den anderen Ländern die Mitglieder dieser Zelle geradezu aufgescheucht, und das ist keine professionelle Kommunikationsstrategie, von wem auch immer.

Das hätte ich jetzt fast vergessen, und das ist entscheidend: Obwohl nirgends nachvollziehbar ist, wo der Ursprung dieser Meldung an die Zeitungen ist, findet sich ein Zitat von Ihnen, Herr Minister, wo Sie die Arbeit des Verfassungsschutzes loben. Also bitte klären Sie uns und klären Sie vor allem die Bürger diesbezüglich ein bisschen auf!

Aber noch einmal, um jetzt den Kreis zu schließen: Um auch alle islamistischen Umtriebe in Zukunft in Österreich zu verhindern, müssen wir die Grenzen dichtmachen und müssen wir verhindern, dass diese Leute nach Österreich kommen, dann brauchen wir uns auch nicht mit deren Umtrieben und Schandtaten auseinanderzusetzen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

19.07

Präsidentin Doris Bures: Nächste Rednerin: Frau Abgeordnete Corinna Scharzenberger. – Bitte.